

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 07.06.2018

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:32 Uhr - 17:17 Uhr

stellvertretender Herr Bürgermeister Sven Schulze  
Vorsitzender:

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte  
Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Klaus Möstl	sachkundiger Einwohner	privat
Frau Christine Pastor	sachkundige Einwohnerin	privat
Frau Katrin Pritscha	Fraktion DIE LINKE	privat
Frau Kerstin Seidel	sachkundige Einwohnerin	dienstlich
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Herr Michael Walter	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:40 Uhr, dienstlich, TOP 4
----------------------------	--------------------------------	---------------------------------

#### **Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion
Frau Solveig Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Angela Müller	Fraktion DIE LINKE
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE
Herr Thomas Uhl	SPD-Fraktion
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion

#### **stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Christian Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	Vertretung für Herrn Dr. Alexander Haent- jens
Frau Dagmar Weidauer	Fraktion DIE LINKE	Vertretung für Frau Katrin Pritscha

**sachkundige Einwohner**

Frau Dietlind Voigt  
Herr Ralph Beckert  
Herr Peter Borm

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Roger Rabenhold	Referent Dezernat 3
Frau Anett Rast	Gesundheitsförderung, Gesundheitsberichterstattung
Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter Abt Finanzen, Planung, Controlling, Amt für Jugend und Familie
Herr Dr. Harald Uerlings	Amtsarzt, Amtsleiter Gesundheitsamt
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Bürgermeisteramt
Frau Cornelia Utech	Amtsleiterin Sozialamt

**stellv. Ausschussvorsitzender**

Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1	in Vertretung für Herrn Philipp Rochold
-------------------	--------------------------	---

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Schulze** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 26.04.2018
- 

Zur Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationsvorlagen an den Sozialausschuss
- 

Sozialberichterstattung der Jahre 2016 und 2017 des Sozialamtes, des Amtes für Jugend und Familie und des Gesundheitsamtes  
Vorlage: I-026/2018 Einreicher: Dezernat 5/ Ä 50, 51, 53

---

**Frau Utech (Amtsleiterin Sozialamt)** führt in die Vorlage ein und schildert, dass diese Berichterstattung aller zwei Jahre erfolgt und dabei vier vergangene Jahre abgebildet werden, wodurch ein Trend erkennbar wird. Außerdem haben die Ämter für ausgewählte Leistungen eine Prognose abgegeben.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** dankt für die Vorlage. Sie möchte zu den immer weniger werdenden Nutzern des Chemnitz-Passes wissen, ob das Problem bei dem Pass selbst liege, die bürokratischen Hürden zu hoch seien und ob die Möglichkeit bestehe, den Pass für mehr Leistungsbezieher auszudehnen. Sie fragt, ob die Attraktivität des Chemnitz-Passes noch gegeben sei.

**Frau Utech** entgegnet, dass sich der anspruchsberechtigte Personenkreis aus dem SGB II ergäbe. Wenn hier die Leistungsberechtigten stetig sinken, sinke auch der Personenkreis für den Pass. Die Hürde des Passes liege darin, dass die Leute in das Kundenportal gehen müssen, um den Chemnitz-Pass in Empfang zu nehmen. Da es sich um eine freiwillige Leistung handelt, könne man es nicht auf das Jobcenter übertragen. Als der Pass damals noch die Fahrpreisermäßigungen beinhaltet hat, war ein anderer Personenkreis gegeben. Man schreibe derzeit an einer Vorlage zum Sozialticket, welche für den Stadtrat voraussichtlich im Oktober vorgesehen ist und die dieses Problem mit tangiert. Sie sagt dazu abschließend, dass der Chemnitz-Pass so angelegt sei, dass viele Einrichtungen freiwillig daran teilnehmen.

**Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die Sozialberichterstattung. Er fragt, welche Ursachen es haben könnte, dass die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets rückläufig sei und was man daran verbessern könne. Des Weiteren möchte **Herr Stadtrat Vieweg** wissen, wie die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes laufe und wie die Situation zur Seniorenhilfe und Pflege eingeschätzt werde.

**Frau Utech** antwortet, dass die Inanspruchnahme sinkt, wenn der Kreis der anspruchsberechtigten Personen für das Bildungs- und Teilhabepaket sinkt. Bei dem Bildungs- und Teilhabepaket lag von Beginn an der Schwerpunkt auf dem Mittagessen und nicht auf der Lernförderung. Diese könne man erst bei einer Versetzungsgefährdung genehmigen und nicht schon zur Lernförderung um den Leistungsdurchschnitt zu heben. So hätte man eine andere Anzahl an Personen, die das Angebot in Anspruch nehmen würden. Sie schildert weiter, dass die Teilhabeleistung mit 10 Euro im Monat gering sei. Wenn eine Nachjustierung auf Bundesebene geschehen soll, solle man den Blick auf die Bildung und Teilhabe setzen anstatt auf das Mittagessen. Zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes führt **Frau Utech** aus, dass bisher nur die zweite Stufe mit Auswirkungen im Rahmen der Vermögensfreigrenzen in Kraft getreten ist. Dieses Jahr wurde noch kein signifikanter Anstieg bemerkt. Man lege Augenmerk auf die Änderungen des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches, welches im Juli im Sächsischen Landtag beschlossen werden soll. Die dritte Stufe tritt nächstes Jahr in Kraft, wodurch man mit einem Leistungsanstieg rechnen und der Personenkreis und der Leistungsumfang steigen sollen. In welcher Höhe sei noch nicht einschätzbar. Sie entgegnet zur Seniorenhilfe und Pflege, dass eine Pflegebedarfsplanung vorgenommen werde und dazu in diesem Jahr eine Vorlage in den Stadtrat gehen soll. Die stationären Pflegeplätze seien noch einige Zeit ausreichend. In der ambulanten Pflege werde es trotzdem eine Unterversorgung geben, da keine Fachkräfte mehr vorgehalten werden können und Kapazitäten sinken. Dazu wurden Gespräche geführt, um zu überlegen, wie man Fachkräfte gewinnen könne. Es gäbe erste Überlegungen, die aber noch intern besprochen werden sollen.

**Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** sieht ein Problem im Bildungs- und Teilhabepaket darin, dass Eltern bei der Lernförderung oder bei Ausflügen in Vorleistung gehen müssen. Sie schildert, dass das bei Lerninstituten so gehandhabt werde. Dort müssen die Kinder erst die Stunden geleistet haben. Ein generelles Problem stellen auch die Anträge dar, bei denen die Eltern überfordert seien.

**Frau Utech** erklärt, dass das Verfahren eigentlich ein anderes sei. Eigentlich bekomme man nach der Bestätigung der Schule eine Kostenübernahmeerklärung, womit dann die Lernförderung beim Amt abgerechnet werden kann. Es könnte sein, dass die Lernförderung einen Eigenanteil der Eltern verlange.

Derzeit recherchiere man solche Fälle, da das nicht im Sinne des Bildungspaketes sei. Sie erklärt weiter, dass das Antragsverfahren in Chemnitz einfacher geregelt sei als in anderen Städten, da es sich um einen Globalantrag handle. Es bestehe die Möglichkeit bei Ausflügen, dass die Eltern das Geld auslegen und nach ihrem eigenbestimmten Rhythmus beim Sozialamt abrechnen können.

**Frau Stadträtin Schaper** fragt zu den Eingliederungshilfen nach SGB XII, speziell zu den familienunterstützenden Diensten, warum jetzige Werte nur noch ein Drittel der zu Beginn der Wahlperiode existierenden Zahlen sei. Das könne man auch später recherchieren. Außerdem möchte sie wissen, wie die Antragsbearbeitungszeit der Anträge für Bundeselterngeld und Landeserziehungsgeld sei. **Frau Utech** wird die Antworten nachreichen.

**Herr Stadtrat Vieweg** fragt Frau Utech, ob sie sich ausreichend finanziert und wo sie bestimmte Handlungsfelder sehe. **Frau Utech** möchte dies vorerst intern besprechen.

**Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** fragt, ob Informationen der Ämter, die Soziales betreffen ausgelegt oder zur Information gegeben werden. **Frau Utech** bejaht dieses. Es gäbe zu allen angebotenen Leistungen eine Broschüre in leichter Sprache.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5 aktueller Stand kommunale Gesundheitsförderung und Prävention  
Berichterstatte(rin): Frau Rast, Gesundheitsamt

---

**Frau Rast (Gesundheitsförderung, Gesundheitsberichterstattung)** schildert anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Stand der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention. Sie informiert über aktuelle Maßnahmen und Projekte. Man arbeite in Chemnitz derzeit auf das Ziel hin, eine geeignete Form der regionalen Arbeitsgemeinschaften zu finden und ins Leben zu rufen. Anschließend geht **Frau Rast** auf Maßnahmen des Gesundheitsamtes ein. Dabei nennt sie das Projekt „Bewegung in Chemnitz“ mit dem Ziel der Bewegungsförderung oder „Verückt? Na und!“, bei dem es um die seelische Gesundheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehe. Zum Schluss weist sie auf den Schulgesundheitstag am 26.06.18 an der Oberschule Gablenz hin. Schulgesundheitstage sind Angebote für Schulen, die sich für gesundheitsförderliche Maßnahmen im Schulalltag interessieren.

**Frau Stadträtin Schaper** dankt für die bemerkenswerte Arbeit. Sie fragt, ob es Defizite gibt oder Themen, auf die noch zu wenig eingegangen werde.

**Frau Rast** schildert, dass man auf die Defizite nicht eingehen könne, da es dafür einer Bedarfsanalyse bedarf. Diese erarbeite man derzeit mit der Hochschule Zwickau und der technischen Universität Chemnitz, welche 2019 beginnen und über fünf Jahre laufen soll.

**Herr Stadtrat Uhl (SPD-Fraktion)** dankt für den Vortrag und fragt zu den Bewegungsangeboten im Freien, wo und wie diese durchgeführt werden. Des Weiteren möchte er wissen, wie sich die Altersgruppe der Gesundheitspräventionen in Schulen darstelle.

**Frau Rast** antwortet, dass sie das betreute Bewegungsangebot Freiflächen und Spielplätze nutzen will, um ein niederschwelliges Bewegungsangebot anzubieten. Das Angebot in den Schulen erstrecke sich über alle Altersgruppen und sei abhängig vom Thema.

**Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** möchte, dass das Thema der regionalen Arbeitsgruppe vertieft wird.

**Frau Rast** erklärt, dass die regionalen Arbeitsgemeinschaften Grundvoraussetzungen seien, um das Thema kommunale Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe durchzuführen. Die Handhabung in den Kommunen sei unterschiedlich. Anschließend nennt sie verschiedene Vertreter aus der Arbeitsgemeinschaft.

**Herr Stadtrat Vieweg** fragt, wie sich der Schulsport in Chemnitz entwickelt habe. **Frau Rast** kann keine Aussage machen, da man in diesem Bereich keine Erfahrungen habe.

**Frau Stadträtin Kempe** möchte wissen, was man sich unter den Bewegungsstadtteilplänen für Haushalte vorstellen könne.

**Frau Rast** entgegnet, dass es sich um Stadtteilpläne handelt, bei denen niederschwellige Sportangebote in der Karte dargestellt werden.

**Herr Beckert (sachkundiger Einwohner)** gibt die Anregung sich mit der regionalen Servicestelle Betriebliche Gesundheit im Vogtlandkreis zu vernetzen

---

## 6 Verschiedenes

---

### 6.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

**Frau Utech** sagt zu den durchschnittlichen Bearbeitungszeiten des Elterngeldes, dass 2016 die Zeit bei 25 Tagen lag und seit Januar dieses Jahres liege man zwischen 37 und 33 Tagen. Man habe viele Fälle, bei denen man den Vorbehalt auflösen müsse und das sei auch der Grund, warum es zu längeren Bearbeitungszeiten kommen kann. Sie dankt im Namen von Frau Liebetrau (Behindertenbeauftragte) für die Parade der Vielfalt am 05.05.18.

---

### 6.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

7 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) und Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bestimmt.

\* \* \*

**Herr Bürgermeister Schulze** schließt die Sitzung

*27.06.18*  
Datum *Schulze*  
Schulze  
stellv. Vorsitzender  
des Ausschusses

*27.07.2018*  
Datum *Schaper*  
Schaper  
Mitglied  
des Ausschusses

*05.07.18*  
Datum *S. Kempe*  
Kempe  
Mitglied  
des Ausschusses

*18.06.18*  
Datum *Müller*  
Müller  
Schriftführerin